

Der sozialdemokratische Kämpfer



ORGAN DES BUNDES SOZIALDEMOKRATISCHER FREIHEITSKÄMPFER UND OPFER DES FASCHISMUS

Nummer 1/2 – 1993

15 Schilling

„Österreich zuerst“: Die Rechnung ist nicht aufgegangen

Man sollte aus lauter Freude über den Flop des Haiderschen Volksbegehrens nicht vergessen, daß die plakatierte Einpeitscherparole dem Wahlkampfokabular des jetzigen Bundespräsidenten entnommen ist, der ja auch gemeint hatte, Österreich dürfe nicht zum Trampelpfad entlaufender Ostvölker werden. Herr Haider hat sich dessen bedient, wie er es gewohnt ist: Brauchbare Phrasen haben bislang all denen ein eigenständiges Urteil ersetzt, die, auf das eine oder andere Staberl gestützt, durch die politische Landschaft gestolpert waren. Die Rechnung ist nicht aufgegangen. Es ist trostvolle Erfahrung, daß Stimmungsmache gegen Minderheiten, seien es Juden, Ausländer oder Rollschuhläufer, heutzutage nicht mehr so leicht als Vehikel zur „Machtergreifung“ zu mißbrauchen ist.

417.278 „deutsche Ostmärker“ haben dennoch für Haider, Pawkowicz und Kabas, aber gegen andere Ausländer votiert, und darüber müßte man sich Gedanken machen: Das

Die politisch Verantwortlichen hätten nachzudenken

können nicht lauter Nazi sein: Die politisch Verantwortlichen hätten darüber nachzudenken, was sie falsch gemacht haben. Halten sich in unserem Land nationalökonomische Geschicklichkeit und sozialpolitische Initiative wirklich die Waage? Hat die Narrenformel „mehr privat, weniger Staat“ das Sicherheitsgefühl der Staatsbürger, ihr Vertrauen in den „Wohlfahrtsstaat“ erhöht oder eher reduziert? Sind materielle Privilegien und wirtschaftliche Korruption kein Beweggrund für politisch Unerzogene, nach einer „starken“, vermeintlichen ordnenden Kraft Ausschau zu halten?

Wie sehr Stimmungsmache politisch auszusprechen ist, erhellt aus dem Umstand, daß in Gebieten ohne hohen Ausländeranteil – etwa in Kärn-

ten – der höchste Prozentsatz von Volksbegehrensunterzeichnern zustande kam. Es darf aber auch nicht übersehen werden, daß proletarische Menschen zu Ausländerfeindlichkeit verleibar waren: Wien liegt mit 8,9 Stimmenprozenten über dem österreichischen Durchschnitt von mageren 7,37 Prozent.

Wer angesichts angeblich drohender „Umvolkung“ übersieht, daß er nicht von Schwarzarbeitern, sondern von deren Arbeitgebern bedroht wird, bedarf politischer Aufklärung. Und wer angesichts der Ausländer um seine Rente fürchtet, dem muß gesagt werden, daß die „Fremden“ mehr

Es bedarf politischer Aufklärung

Sozialabgaben leisten als sie Sozialleistungen in Anspruch nehmen. Auch die von „Ausländern“ okkupierten Wohnungen genügen kaum österreichischen Ansprüchen. Und was die ausländischen Handtaschenräuber betrifft, sollte man sich eher an die Kriminalstatistik als an die „Kronen-Zeitung“ halten. H. P.

Ich habe gemeinsam mit Ausländerinnen und jüdischen Frauen großes Leid in der Nazizeit im Konzentrationslager ertragen müssen, und es ist für mich erschreckend und beschämend, daß in der heutigen Zeit rechtsextreme und faschistische Tendenzen wieder gesellschaftsfähig werden.

Wir Sozialdemokraten müssen alles daransetzen, daß es für alle Menschen in unserem Lande möglich ist, in Frieden und ohne Haß zu leben.

Rosa Jochmann

Neonazi-Radau und Behördenreaktion **Josef-Hindels-Symposium in Wien**

Von Anrainern der Wohngegend rund um die Ruprechtskirche in Wien 1, in unmittelbarer Nachbarschaft der Synagoge in der Seitenstettengasse, auf Vorfälle hingewiesen, „die den Sicherheitsvorstellungen von Durchschnittsbürgern hohnsprechen und die stets beschworene Wachsamkeit der Exekutive gegenüber neonazistischen Ausschreitungen erheblich in Frage stellen“, hat der Bundesvorsitzende des Bundes sozialdemokratischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus, Genosse **Hugo Pepper**, an Innenminister **Dr. Franz Löschnak** am 12. Jänner 1993 folgendes Schreiben gerichtet:

„Die Fakten: In der Nacht vom 16. auf den 17. Dezember 1992 zwischen vier Uhr und vier Uhr dreißig hat eine Schar von Skinheads im Alter zwischen fünfzehn und fünfundzwanzig Jahren, offensichtlich betrunken, in Tarnanzügen und Stiefeln, teils mit Nazisymbolen versehen, Bierflaschen werfend, Nazilieder singend und ‚Heil Hitler‘ schreiend, rund um die Ruprechtskirche marschierend,

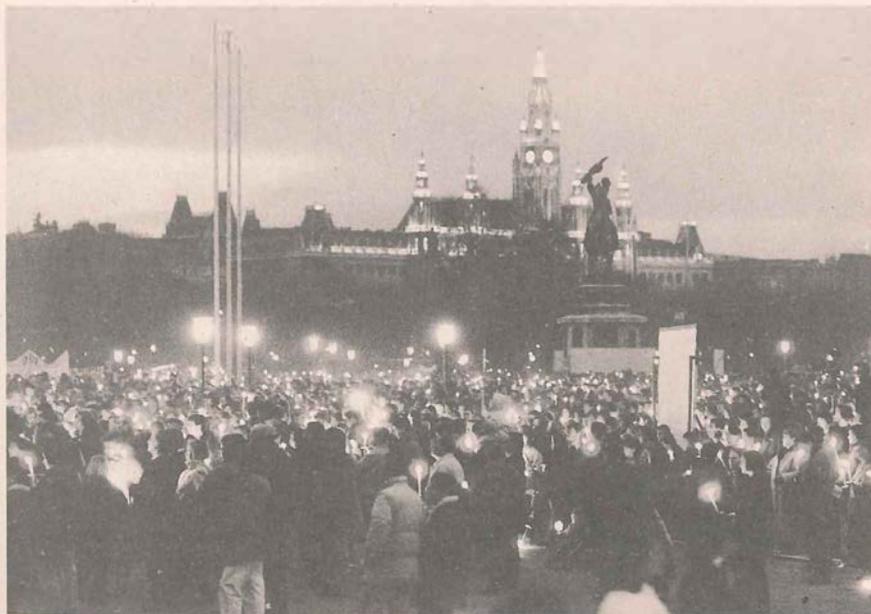
randaliert. Dieser Radau wurde schließlich in Richtung Morzinplatz, zum Denkmal der Faschismusopfer, fortgesetzt. In der darauffolgenden Nacht hat sich der Vorfall wiederholt. Und im Laufe des Jahres 1992 hatten solche Ausschreitungen etwa zwanzigmal stattgefunden.

Seltens mutet die Reaktion der diesbezüglich alarmierten Exekutive an: als von den Vorfällen erschreckte Anrainer die Funkstreife telefonisch zum Einschreiten veranlassen wollten, erhielten sie die Aufforderung, ‚am Tatort die Anzeige persönlich zu erstatten‘. Eine solche Behördenreaktion angesichts offenbar vorliegender öffentlicher Ruhestörung und des Verdachtes auf NS-Wiederbetätigung scheint weder dem Sicherheitsbedürfnis dienlich noch kann der Bürger die Überzeugung gewinnen, daß Naziumtrieben ernsthaft entgegengetreten wird.

Eine Untersuchung des Verhaltens der Polizeiorgane und deren eindringliche Instruktion wäre diesbezüglich sicherlich dringend erforderlich.“

23. Jänner 1993 in Wien:

„Lichtermeer“ gegen Fremdenhaß



Nach ähnlichen Veranstaltungen in anderen österreichischen Städten fand am 23. Jänner 1993 in Wien das von der Aktion „SOS-Mitmensch“ initiierte „Lichtermeer“ statt. Mit mehr als 250.000 Teilnehmern war diese Demonstration die größte Veranstaltung dieser Art seit 1945. Über die Ringstraße zogen die Menschen in den frühen Abendstunden mit brennenden Fackeln in Händen zum Heldenplatz, der für diesen Abend in „Platz der Mitmenschen“ umbenannt wurde. Der Platz war schon bald hoffnungslos überfüllt. Kundgebungen wur-

den auch an anderen Wiener Plätzen abgehalten, so am Stephansplatz. Bei dem Zug über die Ringstraße wurden auch zahlreiche Transparente mitgetragen, die Aufschriften, wie „Der Mensch zuerst“, trugen, mit denen auf das FPÖ-Volksbegehren „Österreich zuerst“ angespielt wurde. Das „Lichtermeer“ fand am Vorabend des Beginns der Eintragsfrist dieses Volksbegehrens in Wien statt. Vom SPÖ-Haus in der Löwelstraße weg zog auch eine kleine Gruppe von Freiheitskämpfern mit Fackeln über die Ringstraße (Foto: Votava, Wien).

Josef-Hindels-Symposium in Wien

Die Wiener SPÖ-Bildung und die Arbeitsgruppe gegen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus veranstalteten am 29. und 30. Jänner 1993 im Karl Czernetz-Bildungszentrum in Wien-Leopoldstadt ein Josef-Hindels-Symposium, das sich mit Leben und Wirken des 1990 verstorbenen stellvertretenden Bundesvorsitzenden der Freiheitskämpfer befaßte. Im zweiten Teil des Symposiums wurden Gegenwarts- und Zukunftsfragen behandelt.

In seinen einleitenden Worten kündigte der Vorsitzende des Wiener SPÖ-Bildungsausschusses, **Ing. Ernst Nedwed**, die Herausgabe eines Hindels-Buches an, das auch die Autobiographie von Josef Hindels enthalten wird. Ein weiteres Seminar mit internationaler Beteiligung soll im Jahr 1994 stattfinden. Die SPÖ-Bildungsarbeitsgruppe gegen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus wird im Frühjahr 1993 neue Initiativen setzen. Leben und Wirken von Josef Hindels seien von dem Grundsatz geprägt gewesen: „Hart kritisieren, aber trotzdem treu zur Partei sein“, sagte Nedwed.

Am ersten Abend des Symposiums kamen der Publizist **Georg Scheuer**, **Prof. Paul Plau**, **Prof. Hugo Pepper** und **Dkfm. Marianne Bargil** zu Wort, die ein Tonband mit einer bisher unbekannt Aufnahme der Stimme von Josef Hindels vorspielte. Am zweiten Tag sprachen **Dr. Wolfgang Neugebauer** (Leiter des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstands), **Gerhard Hesse** (Bildungsreferent der SJ-Wien), **Dr. Manfred Scheuch** (Chefredakteur des „Telegramm“) und **Dr. Melita Sunjic** (Initiative für den kroatisch-serbisch-muslimischen Friedensdialog). Das Symposium ging mit einem Referat des Bildungsvorsitzenden der SPÖ, **Abg. Univ.-Prof. Dr. Ewald Nowotny**, über „Die Zukunft der Sozialdemokratie“ zu Ende.

Aus der Geschichte lernen!

Vor 60 Jahren wurde das berüchtigte Konzentrationslager Dachau errichtet, kurze Zeit nach der Machtergreifung Adolf Hitlers in Deutschland. Aufklärung tut not! Dies ist auch der Zweck einer Vortrags- und Diskussionsreihe in der Wiener Urania:

- 2. März 1993:** HR Dr. Werner **Homrighausen** (Leiter des LAA, NÖ)
- 9. März 1993:** Prof. Dr. Ulrich **Trinks** (Aktion gegen den Antisemitismus)
- 16. März 1993:** Prof. Hugo **Pepper** (Bund Sozialdemokr. Freiheitskämpfer)

Beginn jeweils **19 Uhr**. Einführung und Diskussionsleitung: Dr. F. Danimann.



Alltagsfaschismus – eine Selbstverständlichkeit?

Zur Diskussion nach dem „Ausländervolksbegehren“ der FPÖ

Die Ereignisse der vergangenen Wochen und Monate müßten wohl für jeden Demokraten Anlaß sein, über das Wiederaufleben von gewalttätigem Fremdenhaß, über Mord und Totschlag an Minderheiten sowie Verfolgung von „Ausländern“ nachzudenken, wobei „Ausländer“ jeder angeblich Fremde sein kann – der seit Jahrzehnten in Österreich lebende Gastarbeiter, der politische Flüchtling, die Menschen, die sich in Österreich eine Verbesserung ihrer aussichtslosen wirtschaftlichen Situation erhoffen.

In der ersten Zeit nach Kriegsende waren die Medien – vorwiegend Zeitungen – um Aufklärung über die Grauen der nationalsozialistischen Verbrechen und des fabrikmäßigen Massenmordes bemüht. Bücher und Broschüren mit Erlebnisberichten und Analysen Überlebender wurden veröffentlicht. Ausstellungen wurden gezeigt und Wochenschauaufnahmen der befreiten Konzentrationslager sowie Originalaufnahmen der SS sollten auch den verbohrtesten Nationalsozialisten – die zum Teil gezwungen wurden, diese Filme zu besuchen – die Augen über die Verbrechen des vergangenen Regimes öffnen.

Nicht selten klagten auch unbeteiligte Menschen: „Der Krieg hat uns die schönste Zeit unseres Lebens, die Jugend, genommen.“ Doch sehr bald zeigte sich, daß der Nationalsozialismus zwar militärisch besiegt, aber in den Hirnen vieler nach wie vor gegenwärtig war. Schließlich hatte in Österreich mehr als zehn Jahre lang Diktatur geherrscht. Nicht umsonst sprachen die ehemaligen Widerstandskämpfer(innen) vom „Überwinden des inneren Hitler“.

Das Buhlen um die „Ehemaligen“

Die geopolitische Lage, der „Kalte Krieg“, der ständig in einen neuerlichen Weltkrieg umzuschlagen zu drohen schien, förderte das „Vergessen“ und lieferte zusätzlich die gedankliche Munition für unverbesserliche Nazis und deren Sympathisanten, die ja immer schon gegen den „Bolschewismus“ gekämpft haben wollten. Dazu kam das Buhlen der Parlamentsparteien ÖVP, SPÖ und auch KPÖ um die Stimmen der „Ehemaligen“, die – unter Einschluß ihrer Freunde und Familien – ein Potential von mehr als einer Million Wählerstimmen darstellten. Vor diesem Hintergrund konnte bei den ehemaligen Nationalsozialisten kein Schuldbewußtsein entstehen, auch die Mitläufer und Unbeteiligten konnten ohne Gewissensbisse wieder zur Tagesordnung übergehen.

Seit der Veröffentlichung der Wortprotokolle des Ministerrates 1945–1952 durch den britischen Historiker Robert Knight („Ich bin dafür, die Sache in die Länge zu ziehen...“, Frankfurt/M., 1988), kann jeder nachlesen, wie rasch der Schock der Vergangenheit bei den ver-

antwortlichen Politikern abgeklungen war. Prominente nationalsozialistische „Wirtschaftsführer“ ebenso wie Physiker (z. B. Wernher von Braun) konnten ihre Karrieren beinahe ungebrochen fortsetzen. Die USA ließen in der Aktion „paper clip“ die nationalsozialistische Vergangenheit gesuchter Raketenfachleute einfach aus den Personalakten schneiden. Ehemalige Naziverbrecher gelangten auf vielerlei Wegen aus Europa nach Lateinamerika, unter anderem mit tätiger Mithilfe des Vatikans.

Ehemalige Nationalsozialisten legten Ende der vierziger und Anfang der fünfziger Jahre wieder ihre politischen Spinnnetze aus. Deutschnationale Organisationen der Zwischenkriegszeit wurden wieder gegründet (z. B. schlagende Burschenschaften), andere neu ins Leben gerufen (z. B. der „Bund Heimat-treuer Jugend“). Mit dem „Verband der Unabhängigen“ zogen ehemalige Nationalsozialisten als Mandatäre in den Nationalrat ein. Gleichzeitig diente die Konzentration auf den Wiederaufbau als Vorwand, sich auf die eigene Geschichte nicht besinnen zu müssen. Die bis 1991 vertretene Ansicht, die österreichische Bevölkerung hätte keinerlei Anteil

an den Naziverbrechen, tat das ihre dazu, eine solche Rückbesinnung zu unterbinden.

Im Jahr 1959 kam es auf der Ringstraße, als eine Reihe rechtsextremer Organisationen zu einer sogenannten „Schiller-Feier“ aufgerufen hatte, zu rechtsextremen und neonazistischen Manifestationen.

Der erste antifaschistische Tote nach 1945

Das Jahr 1965 brachte den nächsten Skandal, als im damals noch relativ neuen Medium Fernsehen die antisemitische Einstellung des Professors der Hochschule für Welthandel, Taras Borodajkewycz, deutlich wurde. Die Auseinandersetzungen um diesen Professor führten bekanntlich zum ersten antifaschistischen Toten der Nachkriegszeit, als der ehemalige Widerstandskämpfer Ernst Kirchweyer von einem Borodajkewycz-Anhänger im Zuge einer Demonstration erschlagen wurde. Viele meinten, nun sei das Maß voll. Doch die Entwicklung ging über Wiederaufrüstungsdebatte und Zulassung der rechtsextremen Partei NPD in Westdeutschland sowie Gründung der österreichischen neonazistischen NDP unter dem Südtirolterroristen Norbert Burger weiter. Der Rechtsextremismus verzeichnete Mitte der sechziger Jahre Auftrieb und vorläufigen Höhepunkt seiner Entwicklung.

Die siebziger Jahre brachten dann den Rückgang, aber auch neue Entwicklungen im Schul- und Universitäts-



Der geschändete jüdische Friedhof in Eisenstadt: extreme Ausdrucksform von Alltagsfaschismus (Foto: Wölfle, Eisenstadt).



betrieb. Die Zeitgeschichte, seit der ersten Hälfte der sechziger Jahre an der Universität Wien vertreten, erlebte einen ersten Aufschwung und öffentliche Anerkennung. Im Unterrichtsbereich erfolgte eine Reihe wichtiger Impulse durch das zuständige Ministerium, die zu einer Verstärkung des zeitgeschichtlichen Unterrichts führte, der in den sechziger Jahren in der Regel wenig bis gar nicht stattgefunden hatte.

Trotz des auch international stattgefundenen politischen Trendwechsels fanden an der Universität Wien gewaltsame Auseinandersetzungen mit neonazistischen Hochschülern von der Aktion Neue Rechte statt, 1980 konnte der NDP-Obmann Norbert Burger den Gewinn von rund 320.000 Wählerstimmen feiern.

Das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes legte in seinem 1979 erstmals erschienenen Standardwerk „Rechtsextremismus in Österreich nach 1945“ eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem österreichischen Rechtsextremismus vor.

Trotzdem wurden in jenen Jahren jene Menschen, die vor dem noch immer lebendigen Rechtsextremismus und nazistischen Ungeist warnten, oftmals als „Spinner“ abgetan.

Während die BRD den gesamten Staatsapparat zur Jagd auf Linksterroristen aufbot, blieb das rechtsextreme Lager verhältnismäßig ungeschoren. Auch in Österreich gewann man manchmal den Eindruck, als seien die Behörden nur allzu gerne auf dem rechten Auge blind.

Neokonservatismus

Neokonservatismus (Thatcherismus, Reaganomics) und der Sturz der osteuropäischen Diktaturregime in Verbindung mit der katastrophalen Wirtschaftssituation dieser Staaten sowie einer noch nicht am Höhepunkt befindlichen Wirtschaftskrise der westlichen Welt führten zu Einbrüchen der demokratischen Dämme. Österreichische und deutsche Neonazis bauen an Untergrundgruppen des neuen Deutschland. Brennende Flüchtlingswohnheime, Morde an Angehörigen von Minderheiten, eine neue Welle von Antisemitismus fordern die deutschen Behörden nicht einmal annähernd so stark heraus wie in den siebziger Jahren die Anschläge der RAF. Die nicht einmal sehr klammheimliche Sympathie von Teilen der deutschen Bevölkerung steht nur allzuoft aufseiten der Ausländerhetzer.

Waldheim und Haider

Auch in Österreich hat sich seit 1986 einiges zugunsten der rechtspopulistischen Demagogen verändert. Der Präsidentschaftswahlkampf desselben Jahres verdeutlichte, wie tief die Gräben zwischen ehemals Verfolgten und Antifaschisten auf der einen, jenen mit unbewältigter Vergangenheit auf der ande-

ren Seite nach wie vor sind. Nicht nur ehemalige Nationalsozialisten, auch Wehrmachtsangehörige, Mitläufer, jene, die stets weggesehen hatten, standen den internationalen Anklagen über die teilweise verschwiegene Vergangenheit des Kandidaten Kurt Waldheim verständnislos bis haßerfüllt gegenüber. Es ist kein Zufall, daß wenige Monate später Haider mit Hilfe des „nationalen“ FPÖ-Flügels die Obmannschaft in der FPÖ übernehmen konnte, der dem liberalen Flügel zuzurechnende Norbert Steger sich geschlagen geben mußte.

Der Endpunkt ist noch nicht erreicht

Die Anstrengungen des Jahres 1988, die unzähligen Veranstaltungen in ganz Österreich, bewirkten einerseits ein Umdenken, andererseits riefen sie bei Teilen der Bevölkerung eindeutig Übersättigung hervor.

Seither hat sich auch in Österreich ein verstärkter Rechtstrend, vor allem unter Jugendlichen, bemerkbar gemacht. Die Verhaftungswellen zu Anfang 1992 zeigten nur einen Teil des neonazistischen und rechtsextremen Spektrums in Österreich. Die FPÖ unter der Führung Haider treibt weiter nach rechts. Der liberale Journalist Hans-Henning Scharlach stellt fest: „Jörg Haider ist Rechtsextremist.“

Der Endpunkt dieser Entwicklung ist sicherlich noch nicht erreicht. Das „Ausländervolksbegehren“ der FPÖ ist noch nicht ausgestanden.

Grenzen der Aufklärung

Und hier setzt auch die Kritik an:

Sicherlich ist es gut und wichtig, wenn ehemalige Widerstandskämpfer(innen) und Verfolgte – so wie die große alte Dame der Sozialdemokratie Rosa Jochmann – als Zeitzeugen in die Schulen gehen und dort jungen Menschen von ihren Erfahrungen berichten. Es ist auch gut und wichtig, daß seitens der Unterrichtsverwaltung großes Gewicht auf zeitgeschichtliche Aufklärung und politische Bildung gelegt wird, daß jährlich Tausende Schüler in die Ausstellung des Dokumentationsarchivs kommen, dort auch über Rechtsextremismus in Österreich informiert werden. Es ist gut und wichtig, daß Tausende Schüler die Gedenkstätte im ehemaligen KZ Mauthausen besuchen, auch wenn es dort Probleme mit Führungen gibt.

Nicht das Aufzählen von Fakten, nicht die vielen geschriebenen, aber leider nur zu selten gelesenen Bücher immunisieren allein gegen rechtsextremes und menschenverachtendes Gedankengut. Es wäre jedoch verfehlt, aus den Grenzen der Aufklärung auf deren Überflüssigkeit zu schließen. Das Erkennen der partiellen Hilflosigkeit traditioneller antifaschistischer Arbeit angesichts brennender Asylantenheime in Rostock darf nicht dazu verführen, diese traditionelle Arbeit für obsolet zu erklären. Wir müssen auch sehen, was wir – beispielswei-



Genossin Rosa Jochmann, Ehrenvorsitzende der Freiheitskämpfer und Zeitzeugin (Foto: Martinek, Wien).

se hier in Österreich – trotz allem erreicht haben. Eine Mehrheit von Jugendlichen steht rechtsextremen Tendenzen kritisch bis ablehnend gegenüber. Die öffentliche Meinung des demokratischen Österreich lehnt in seltener Einmütigkeit einschlägige „Sager“ blauer Oppositionspolitiker ab. Selbst die Diskussionen des Jahres 1986 überraschten durch die breite Front gegen Verharmlosungen und Beschönigungen der NS-Zeit.

Die Aufklärer nicht allein lassen

Traditionelle zeitgeschichtliche Aufklärung nimmt einen wichtigen Stellenwert in der demokratischen Erziehung junger Menschen ein. Sie darf aber nicht alleine gelassen werden, sondern benötigt Unterstützung durch konkrete politische Lösungen anstehender Probleme und eine ganze Reihe weiterer flankierender Maßnahmen. Diese müssen an den realen Lebensumständen und Alltagserfahrungen der Jugendlichen ansetzen, an Gewaltstrukturen in Schule, Beruf, Familie und Wohnumgebung, an Ohnmachtserfahrungen junger Menschen, an deren sozialen und ökonomischen Lebensbedingungen. Antifaschistische Arbeit muß dort ansetzen, wo die Saat für Vorurteile und Aggressivität gelegt wird, nicht dort, wo die Saat bereits aufgegangen ist und rechtsextreme Rattenfänger die Ernte einfahren.

Und hier sind die politisch Verantwortlichen aufgefordert, aktiv zu werden. Es ist eine Angelegenheit staatlicher Politik, dafür zu sorgen, daß junge Menschen in ihren Existenzsorgen nicht alleine gelassen werden, daß auch Arbeitslose wieder eine Chance erhalten, daß die Arbeitslosenrate nicht ständig weitersteigt, daß Menschen nicht von irrationalen

Fortsetzung auf Seite 5



Franz Birnecker, erstes Opfer der Reaktion

Vor 70 Jahren wurde der „Republikanische Schutzbund“ gegründet

Vor 70 Jahren, am 17. Februar 1923, starb der Wiener Arbeiter Franz Birnecker als erstes Opfer der politischen Reaktion der Ersten Republik. Sein Tod war unmittelbarer Anlaß für die Gründung des „Republikanischen Schutzbundes“ als Selbstschutzorganisation der Arbeiterschaft.

Im Gasthaus Zehetner in der Waidhausenstraße im 14. Bezirk (damals 13. Bezirk) fand an jenem 17. Februar 1923 in einem Extrazimmer eine Versammlung von Monarchisten statt, die für die Wiederherstellung der Habsburgermonarchie Werbung machten. Im Gastzimmer des Gasthauses saßen zur selben Zeit Spieler und Funktionäre des Baumgartner Sportklubs, die alle sozialdemokratische Arbeiter waren. Unter ihnen befand sich Franz Birnecker, damals 44 Jahre alt und Betriebsrat der Semperit-Gummiwerke in Breitensee.

Beide Gruppen verließen zufällig gleichzeitig das Gasthaus, ein Teil von ihnen ging zur Haltestelle der Straßenbahnlinie 49, auch Birnecker war unter diesen. Unter den Monarchisten waren auch Angehörige der bewaffneten

Ordnertuppe „Ostara“, die später in der Heimwehr aufging. Bei der nächsten Haltestelle sahen die Insassen des stadteinwärts fahrenden Straßenbahnzuges auf der Straße eine Prügelei zwischen Sozialdemokraten und Monarchisten. Birnecker und die anderen Arbeiter sprangen aus der Straßenbahn, um ihren Genossen zu helfen. Es fielen Schüsse, einer von ihnen traf Franz Birnecker. Er erlitt einen Durchschuß, der beide Lungenflügel, das Herz und die Hauptschlagader zerfetzte, und war sofort tot. Seine Genossen Kartusch und Bednarik wurden schwer verletzt. Den flüchtenden Arbeitern schossen die Ostara-Leute noch nach, ohne jemand zu treffen.

Die fünf angeklagten Ostara-Männer wurden von einem Schöffengericht, das im Mai 1923 zusammentrat, schuldig gesprochen und zu Haftstrafen zwischen einer Woche und zwei Jahren verurteilt. Die Urteile fielen deshalb so mild aus, weil gegen die Ostara-Männer keine Anklage wegen Mordes erhoben wurde. Weil alle von ihnen bewaffnet waren und die fünf Angeklagten auch geschossen

hatten, war es nicht möglich, den Todeschützen herauszufinden.

Der Tod Franz Birneckers löste unter der Arbeiterschaft große Empörung aus. Bei einer Vertrauensmännerkonferenz der Wiener Sozialdemokraten wurde die Gründung eines „Republikanischen Schutzbundes“ zur Verteidigung gegen die rechte Reaktion beschlossen. Da das Innenministerium andeutete, sich mit der Zulassung des Schutzbundes Zeit zu lassen, wurde er beim Magistrat der Stadt Wien angemeldet und auch umgehend genehmigt. Andere Bundesländer folgten mit Schutzbund-Anmeldungen, so daß das Innenministerium die Genehmigung nicht länger aufhalten konnte.

Im Sommer 1924 wurde auf dem Grab Franz Birneckers im Baumgartner Friedhof ein eindrucksvolles Denkmal enthüllt. Die Feier gestaltete sich zu einer machtvollen Kundgebung des Republikanischen Schutzbundes, dessen Angehörige neuerlich gelobten, im Sinne des Gefallenen für die Republik und den Sozialismus zu leben und auch zu sterben.

Fortsetzung von Seite 4

Angsten beherrscht werden, sondern Sicherheit empfinden können. Technologische Modernisierung fordert Opfer. Dies abzumildern, wenn nicht zu verhindern, ist die Politik aufgerufen. Soziale Standpunkte sind gefragt, nicht Aufgaben von Toleranz und Liberalität angesichts wachsenden Drucks von rechts. Die in den siebziger Jahren proklamierte Demokratisierung aller Lebensbereiche ist ins Stocken geraten. Viele Menschen fühlen sich anonymen Strukturen ausgeliefert, in ihren Sorgen alleingelassen. Und hier setzen Demagogen ebenso an wie an realen Mißständen und Skandalen, auf die sie aber die falschen Antworten geben.

Die Aufklärer dürfen nicht alleine gelassen werden. Sie müssen notwendigerweise hilflos bleiben, solange die gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Ursachen des neuen (und alten) Rechtsextremismus ungelöst bleiben.

Peter Lhotzky/Brigitte Bailer-Galanda

Berichtigung

In unserem Bericht über die Bundeshauptversammlung in der Ausgabe 9/10 des „Kämpfer“ wurde der Name des Genossen **Franz Rosenberger** falsch wiedergegeben. Wir bitten, den Fehler zu entschuldigen.

Neue politische Bücher

Die tragische Geschichte der Vertreibung und Deportation der Juden im Dritten Reich bleibt untrennbar mit dem Namen Adolf Eichmann verbunden, der in Österreich vorführte, wie man mit den Juden zu verfahren hatte. Sein „Wiener Modell“ der „Zentralstelle für die Auswanderung der Juden Österreichs“ wurde zum Vorbild für die Judenpolitik der Nazis. Der Wiener Historiker **Hans Saffrian** legt mit seinem Buch „**Die Eichmann-Männer**“ (Europaverlag, Wien 1993, 376 Seiten, S 380,-) eine Geschichte des Eichmann-Referates vor, in dem neben Eichmann selbst auch andere Österreicher „Karriere“ machten. Es ist eine traurige und betroffen machende Geschichte von Vertreibungen und Massenmorden in weiten Teilen Europas, in der die Österreicherischen „Eichmann-Männer“ des Referats IV D 4 durch besonderen Eifer und Skrupellosigkeit auffielen. Ein notwendiges Buch, dem viele aufmerksame Leser, vor allem in der jüngeren Generation, zu wünschen sind.

*

Die Fest- und Feiernkultur der sozialdemokratischen Bewegung in der Ersten

Republik von 1918 bis 1934 ist Gegenstand des Buches von **Bela Rasky**: „**Arbeiterfesttage**“ (Europaverlag, Wien 1992, 320 Seiten, S 348,-). Der Autor gibt einen Überblick über die Vielfalt an Festen, die von der Sozialdemokratie in der Ersten Republik gefeiert wurden. Das Buch dient aber nicht nur der nostalgischen Erinnerung an vergangene Zeiten, sondern kann auch anregen, über eine zeitgemäße Festkultur nachzudenken, die auch der Sozialdemokratie der neunziger Jahre dienen kann.

*

Zu den verfolgten und gepeinigten Völkern, deren verzweifelter Freiheitskampf von der Weltöffentlichkeit immer wieder verdrängt wird, gehören die Kurden. Dieses auf fünf Länder des mittleren Orients aufgeteilte Volk kommt nur selten in die Schlagzeilen, zuletzt am Rande des Golfkrieges, als die Welt nach einem wirksamen Schutz der im Irak lebenden Kurden rief. Bald danach gerieten die Kurden erneut in Vergessenheit. Der in Wien lebende Kurde **Fadel Khalil** legt im **Europaverlag** bereits die dritte aktualisierte und erweiterte Auflage seines Buches „**Kurden heute**“ (Wien 1992, 300 Seiten, S 280,-) vor, das geeignet ist, Verständnis für den Freiheitskampf der Kurden vor allem im Irak und in der Türkei zu wecken. Ein Ende dieses Kampfes ist leider nicht abzusehen.



Das schrieb die

Arbeiter-Zeitung

Zentralorgan der Sozialdemokratie Österreichs

vor 60 Jahren:

Hitler – Reichskanzler

Die beiden Fraktionen der Deutschen Reaktion haben sich geeinigt. Seit einem Jahr, bei dem der Vorstoß des Hakenkreuzfaschismus die Demokratie in Deutschland erschüttert, das Parlament lahmgelegt, die Republik der Reaktion ausgeliefert hatte, ging der Kampf darum, welche Gruppe der Gegenrevolution die Herrschaft an sich reißen sollte. Die alten Herrenklassen, Generale und Großgrundbesitzer, Barone und Schwerindustrielle, die den Faschismus losgelassen hatten, damit er ihnen die Demokratie aus dem Wege räume, versicherten sich zunächst der Beute. Monatelang haben sie in Deutschland regiert. Aber diese Regierungen der Schlot- und Krautbarone, innerlich uneinig, von dem unlösbaren Interessengegensatz zwischen Agrariern und Industriellen zerrissen, von den Intrigen der Bürogenerale, der Salondiplomaten und Herrenklubpolitiker bedroht, vermochten sich nicht zu behaupten. Nun suchen sie Hilfe bei den Hakenkreuzlern. Feudalismus und Faschismus gehen zusammen ins Kabinett.

Diese neue Regierung ist das Ergebnis des abscheulichsten Kuhhandels, der infamsten Kulissenintrigen, die je einen Wechselbalg von Ministerium hervorgebracht haben. Niemals unter der Herrschaft des vielverlästerten Parlamentarismus, niemals in der Zeit des sogenannten Packelns zwischen den Parteien hat es ein ähnlich widerliches Stück schmählicher Schiebung und erbärmlichen Schachers gegeben, wie die geheimen Verhandlungen der letzten Wochen, die nunmehr – endlich – Herrn Hitler an das ersehnte Ziel, auf den Reichskanzlerstuhl der deutschen Republik gebracht haben . . .

. . . Der Faschist Hitler Reichskanzler, der Junker v. Papen Vizekanzler und Reichskommissär für Preußen, der Faschist Frick Innenminister, der Junker v. Neurath Außenminister, der Faschist Göring preußischer Innenminister, der Junker v. Schwerin-Krosigk Finanzminister, der deutschnationale Großkapitalist Hugenberg Wirtschafts- und Landwirtschaftsminister, der Stahlhelmführer Seldte Arbeitsminister; dazu noch ein deutschnationaler Beamter, ein Junker

und ein General. Man sieht: alles, was in der deutschen Reaktion Rang und Namen hat, ist in dieser Regierung vertreten. Man sieht: es ist eine Regierung des Kampfes gegen das Volk und des Raubes an der deutschen Republik . . .

. . . In diesem historischen Augenblick ist auf die Schultern der deutschen Arbeiterklasse die größte Last, die schwerste Verantwortung gelegt. Sie wird die Herausforderung annehmen müssen, ohne sich durch die Empörung des Augenblicks in aussichtslose und darum verhängnisvolle Kämpfe locken zu lassen. Sie wird den Kampf auf der ganzen Linie aufnehmen müssen. Sie wird ihn zu führen haben mit allen Mitteln: mit parlamentarischen und mit außerparlamentarischen.

In diesem Kampf, der die großen Organisationen der deutschen Arbeiterklasse unangetastet, in achtungsgebietender Stärke vorfindet, wird manche Scharte der jüngsten Vergangenheit ausgewetzt, manche Fehler der letzten Jahre vermieden werden können. In diesem Kampfe wird auch mancher Unterschied und mancher Streit, der die Spaltung der deutschen Arbeiter in der Vergangenheit verschärft hat, an unmittelbarer Bedeutung verlieren. Gegenüber dem großen Einsatz dieses Kampfes, der um die wirtschaftliche Macht und die politische Freiheit, der um den Lohn und das nackte Leben der deutschen Arbeiter geht, schwindet die Bedeutung der Gegensätze in ihren eigenen Reihen. Morgen können die deutschen Kommunisten in die Lage kommen, für den Bestand und den Einfluß der von ihnen so gehaßten „reformistischen“ Gewerkschaften kämpfen zu müssen; morgen können die sozialdemokratisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter gezwungen sein, die Organisationsfreiheit des deutschen Proletariats gegen ein Verbot der Kommunistischen Partei zu verteidigen. Gegen die Regierung der vereinigten Reaktion, gegen das Bündnis der Feudalen mit den Faschisten kämpft die deutsche Arbeiterklasse um Brot und Freiheit, um die Reste der Republik von heute und um die Möglichkeit der Revolution von morgen.

Hitler – Reichskanzler: das ist ein Alarmsignal, das den letzten deutschen Arbeiter aufrütteln muß. Hitler – Reichs-

kanzler: das ist ein Flammenzeichen, das weithin in der ganzen Welt die Entscheidungsschlacht in Mitteleuropa ankündigt. Die heißesten Wünsche, die treueste Solidarität, die kampftentschlossenste Hilfsbereitschaft der Proletarier aller Länder sind mit den deutschen Arbeitern in diesem Kampf.

(31. Jänner 1933)

Hella Cmejrek – 90

Wenn man sie sieht und wenn man ihr zusieht, wie sie von einem Stockwerk ins andere rennt, und wenn man mit ihr spricht, dann würde niemand glauben, daß sie bereits ihren 90. Geburtstag gehabt hat. Wenn man dann noch überlegt, was diese Frau alles mitgemacht hat, dann wird man sehr dankbar, daß es solche Menschen gibt. Menschen, die ihre Gesinnung, ihre zutiefst menschliche und sozialistische Gesinnung nicht nur nicht verleugnen, sondern sie hochhalten und versuchen, danach zu leben. Heute lebt Hella Cmejrek in einem Wiener Pensionistenheim, und niemand, der eine Hilfe oder Gefälligkeit braucht, kommt umsonst zu ihr.

Hella ist die Witwe nach einem Menschen, den wir alle ebenfalls sehr vermissen. Josef – Pepi – Cmejrek, unser alter Genosse Blau aus der Illegalität, war ihr Mann, und wie sie gerne selbst erzählt, war er es, der sie mit seiner sozialistischen Gesinnung vertraut gemacht hat und der beide zeitlebens treu geblieben sind. Pepi Cmejrek hat sieben Jahre KZ – Buchenwald – überlebt und ist trotz allen Leides und allem Schmerzlichen ein wahrer Mensch und Menschenfreund geblieben. Was Hella in der Zeit seiner Inhaftierung mit ihren beiden Kindern mitgemacht hat, wird sie niemals vergessen, aber es ist ihr dringender Wunsch, daß auch wir anderen nicht und nichts vergessen mögen.

Dir, liebe Hella, noch viele glückliche und gesunde Jahre im Kreis Deiner Familie und Deiner alten Freunde und Genossen!

Prof. Anne Kohn-Feuermann

Vorlesungen über „Widerstand in Österreich 1938–1945“

Univ.-Doz. **Dr. Herbert Steiner** nimmt im März wieder seine Vorlesungen über „Widerstand in Österreich 1938–1945“ an der Universität in Wien auf, die sich großer Beliebtheit erfreuen. Jeweils nehmen auch Zeitzeugen teil. Gäste sind herzlich eingeladen. Jeden Mittwoch um 8.30 Uhr, Universität Wien, Dr.-Karl-Lueger-Ring 1, im Hörsaal 50, Aufgang Stiege VIII. Beginn **ab 10. März 1993** (bis Ende Juni).



Opferfürsorgegesetz 1947

Versorgungsleistungen und Einkommensgrenzen ab 1. Jänner 1993

Anpassungsfaktor: 1,040. Die Leistungen gem. §§ 11/5 und 11/7 wurden um S 500,- (ledig) bzw. S 650,- (verheiratet) angehoben.

Opfer

MdE	Opferrente § 11 Abs. 2	Zulage § 11 Abs. 11
30 v. H.	1.001	-
40 v. H.	1.517	-
50 v. H.	2.022	2.640
60 v. H.	2.528	2.640
70 v. H.	3.033	2.640
80 v. H.	4.044	2.640
90/100 v. H.	5.055	2.640

Zulage § 11 Abs. 2: 472

Alterszulage § 11 Abs. 2 KOVG: 208

Erschwerniszulage § 11 Abs. 3 KOVG

Ab Vollendung des	Minderung der Erwerbsfähigkeit				
	50 v. H.	60 v. H.	70 v. H.	80 v. H.	90/100 v. H.
65. Lebensjahr	226	379	458	606	757
70. Lebensjahr	459	756	858	1.012	1.214
75. Lebensjahr	835	1.137	1.266	1.414	1.568
80. Lebensjahr	1.214	1.518	1.670	1.821	1.973

Schwerstbeschädigtenzulage § 11 a Abs. 4 KOVG

lit. a	lit. b	lit. c	lit. d	lit. e	lit. f
1.517	2.022	2.528	3.033	3.539	4.044

Erziehungsbeitrag § 11 Abs. 10: 800, gek.: 400

Pflege- und Blindenzulage § 18 Abs. 4. und 5 KOVG

Stufe I	Stufe II	Stufe III	Stufe IV	Stufe V	Stufe Verh.
6.835	10.249	13.667	17.086	20.495	27.327

Blindenführzulage § 20 KOVG: 1.483

Kleider- und Wäschepauschale § 20a KOVG:

Ziffer 1: 225 Ziffer 2: 357 Ziffer 3: 597

Unterhaltsrente § 11 Abs. 5 zugleich EINKOMMENSRENDE

Alleinstehend: 9.791¹⁾ verheiratet bzw. für Lebensgefährtin sorgen: 12.537¹⁾

¹⁾ Erhöhung der Einkommensgrenze um 400 für jedes Kind, für das ein Erziehungsbeitrag gebührt.

Hinterbliebene

Grundrenten § 11 Abs. 3 für				
Witwen, Witwer	einf. Waisen	Doppelwaisen	Elternteil	Elternteil
2.022	2.022	2.022	2.022	2.670

Unterhaltsrente § 11 Abs. 5 zugleich EINKOMMENSRENDE Witwen, Witwer, Waisen, Eltern:²⁾ 8.783

Beihilfen § 11 Abs. 7

Witwen, Witwer und Waisen: 9.022

EINKOMMENSRENDE dafür: 10.131²⁾

²⁾ Erhöhung um 746 für jedes waisenrentenberechtigten Kind.

MINDESTWITWEN-(WITWER-)BEIHILFE § 11 ABS. 7: 70

Diätzuschuß §§ 14 und 46b KOVG

niedrigste Stufe	mittlere Stufe	höchste Stufe
314	634	950

Hilflosenzulage § 11 Abs. 12

einfach: 3.002 doppelt: 6.004

Sterbegeld § 12a

	Höchstausmaß	Mindestausmaß	anrechenbarer Höchstbetrag
voll	11.792	7.070	4.722

Arbeitsgruppe gegen Rechts in Wien

Im Rahmen der Bildungsorganisation der Wiener SPÖ wurde eine Arbeitsgruppe gegen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus eingerichtet, die auch in den Bezirken und vor allem in Kreisen

der Jugend aktiv werden soll. Den Vorsitz in der neuen Arbeitsgruppe hat der Vorsitzende des Wiener Bildungsausschusses, **Ing. Ernst Nedwed**, inne. Den Auftakt für die Arbeit der Arbeitsgruppe bildete eine Josef-Hindels-Gedenktagung, die Ende Jänner 1993 zum Thema „Kampf gegen den Rechtsextremismus“ im Karl-Czernetz-Bildungszentrum in der Leopoldstadt stattfand (siehe Seite 2).

Die Mitarbeiter:

An dieser Nummer unserer Zeitung haben folgende Genossinnen und Genossen mitgearbeitet:

Herbert Exenberger, Ernst Frühauf, Prof. Anne Kohn-Feuermann, Prof. Hugo Pepper, Hans Waschek, Gilbert Wasserberger.

Döbling

Gedenkfahrt nach Auschwitz und Majdanek. In der Zeit vom 4. bis 8. Dezember 1992 führten die Döblinge Freiheitskämpfer ihre jährliche Gedenkfahrt diesmal in die ehemaligen Konzentra-

tionslager Auschwitz (Oświęcim) bei Krakau und Majdanek bei Lublin durch.

Die Besichtigung der beiden Lager in Oświęcim – Stammlager Auschwitz und Lager Auschwitz-Birkenau – war für alle Teilnehmer ein tiefgreifendes Ereignis. Unter der ausgezeichneten Führung von Frau **Halina Jastrzebska** wurden die noch vorhandenen Einrichtungen der beiden Lager aufgesucht und an den einzelnen Gedenkstätten Trauerminuten abgehalten. Aus ihrer Tätigkeit im Archiv des Lagers Auschwitz konnte Frau Jastrzebska den Teilnehmern viel Interessantes von dieser Epoche der NS-Terrorherrschaft erzählen. Nach einem Gedenkmarsch wurde am Mahnmahl im Lager Auschwitz-Birkenau ein Blumengebinde der Döblinge Freiheitskämpfer

DVR: 0029106(157) 0908560 919
HERRN

ERNST FRUEHAUF
DARINGERG. 12-20/23/26
1190

Erscheinungsort Wien
Verlagspostamt Wien 1010

P.b.b

**Wenn unzustellbar, bitte zurücksenden
an den Absender**

niedergelegt. Mit einer Gedenkansprache des Genossen **Schwantner** endete dieser Teil der Gedenkfahrt.

Am nächsten Tag wurde die Fahrt nach Lublin im Südosten von Polen angetreten. In einem Vorort dieser Stadt wurde im Auftrag des Chefs der SS und Polizei, Heinrich Himmler, im Herbst



1941 das Konzentrationslager Majdanek (siehe Foto) errichtet. Das Lager sollte ein Fassungsvermögen für 250.000 Gefangene haben und war vor allem für sowjetische Kriegsgefangene bestimmt. Später wurden jedoch auch Häftlinge anderer Nationalitäten eingeliefert. Das Lager war in 5 Felder eingeteilt (Kriegsgefangene, Männer, Frauen und Kinder usw.) und hatte zahlreiche Außenlager. In den Jahren 1941 bis 1944 gingen ca. 500.000 Häftlinge aus 54 Nationalitäten durch das KZ Majdanek. Es ist schwer, auf Grund von lückenhaften Archivmaterialien die genaue Zahl der Toten festzustellen. Nach Schätzungsberechnungen forderte dieses Konzentrationslager rund 360.000 Opfer. Die meisten Hinrichtungen fanden am 3. November 1943 statt. An diesem Tag wurden in den Gräben neben dem Krematorium ungefähr 18.400 Juden erschossen. Nach der Errichtung der Gaskammern im Jahre 1942 wurden die Häftlinge mit Zyklon B und Kohlenmonoxyd umgebracht. Die Befreiung des Lagers erfolgte am 23. Juli 1944 durch die Sowjetarmee. Wie üblich, wurde nur ein kleiner Teil der Verantwortlichen vor Gericht gestellt und verurteilt.

Nach einer Gedenkansprache des Genossen **Schwantner** wurde an der

Gedenkstätte im Krematorium ein Blumengebilde niedergelegt.

Am vorletzten Tag der Gedenkfahrt besuchten wir im Rahmen einer Stadtrundfahrt durch Krakau das ehemalige Ghetto und die alte Synagoge.

Die in der letzten Zeit überhand nehmenden neonazistischen Aktivitäten bereiten uns große Sorge und verlangen unsere ganze Kraft, dagegen aufzutreten.

Pinkafeld

Enthüllung einer Gedenktafel. In Pinkafeld wurde am 11. Dezember 1992 in würdiger Weise an neun Widerstandskämpfer, die vor 50 Jahren hingerichtet worden waren, gedacht. In Anwesenheit von LAbg. Mag. Edith Müller und Herrn DDr. Erwin Schranz sowie der katholischen und evangelischen Würdenträger, weiters der Offiziere der Garnison Pinkafeld mit Oberst Gert Dirmüller und militärischer Ehrenwache, des Bürgermeisters von Pinkafeld und der Gemeinderäte sowie der Vertreter der burgenländischen Opferverbände, Billes, Böröcz und Gregoritsch, wurde eine Erinnerungstafel von den geistlichen Herrn eingeweiht.

Zwei Schüler trugen Gedichte vor. Nach Absingen der Landes- und der Bundeshymne wurde die Gedenktafel im Arkadengang des Rathauses feierlich enthüllt. Bei der Enthüllung der Gedenk-



tafel waren auch die Angehörigen der neun Verewigten anwesend.

Auf der Tafel findet sich folgende Inschrift:

Sie starben für Österreichs Freiheit:

Brunner Samuel	1902-1941
Fleck Johann	1908-1942
Friesl Hermann	1908-1942
Hammerl Heinrich	1893-1944
Halwachs Michael	1908-1942
Hofer Adolf	1901-1943
Pickl Karl	1918-1943
Sonnecker Adolf	1897-1945
Wallner Johann	1897-1943

Niemals vergessen!

Gewidmet von der Stadtgemeinde Pinkafeld.

Wir gratulieren im Jänner und Februar

Zum 75. Geburtstag: Rosalie **Neyder**, OÖ; Peter **Kauderer**, Wien; Romana **Steinger**, Wien; Walter **Weber**, Wien; Leopoldine **Weis**, Wien; Rosa **Freisleben**, NÖ; Edith **Zidar**, Stmk.

Zum 80. Geburtstag: Josef **Wigstein**, OÖ; Franz **Haas**, Tirol; Franz **Holubicka**, Sbg.; Josef **Sieghart**, Wien; Johann **Dusl**, Wien; Aloisia **Faux**, NÖ; Wilhelm **Trojan**, Wien; Albert **Duskanich**, Bgld.; Gisela **Mayer**, OÖ; Georg **Leitgeb**, NÖ.

Zum 85. Geburtstag: Hilde **Borik**, Wien; Aloisia **Moser**, Stmk.

Zum 90. Geburtstag: Karl **Mayerhofer**, NÖ; Otto **Pollacek**, Wien; Adele **Mörzinger**, Wien; Gisela **Hochmeister**, Wien; Rudolf **Wolf**, Wien.

Zum 91. Geburtstag: Franz **Göttlicher**, Wien; Rosa **Huss**, NÖ; Ernestine **Schilletz**, Stmk.; Friedrich **Hacker**, NÖ; Josef **Kleinschuster**, Stmk.; Karl **Sellner**, Wien; Maria **Schleicher**, Wien; Anna **Voithofer**, Sbg.

Zum 92. Geburtstag: Josef **Sabelko**, NÖ.

Zum 93. Geburtstag: Maria **Weindl**, Sbg.

Zum 94. Geburtstag: Ernst **Walluch**, Wien.

Zum 97. Geburtstag: Ernest **Czerny**, Wien.

Zum 98. Geburtstag: Juliane **Schibek**, Wien.

An unsere Leser!

Redaktionsschluß für die Nummer 3/4 ist der 31. März 1993.

Medieninhaber und Herausgeber: Bund sozialdemokratischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus. Wien 1, Löwelstraße 18, Telefon 534 27-0. Hersteller: Bohmann Druck und Verlag Ges. m. b. H. & Co. KG., 1110 Wien. - Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Information über neofaschistische und rechtsextremistische Bewegungen, Vereinsnachrichten, Information der Opfer des Faschismus über ihre rechtlichen Ansprüche.